



Nr. 9

10. März 2016

## Inhalt

20.000 Kolleginnen und Kollegen mehr:

dbb Mitgliederwerbung bringt starken Zuwachs +++

Internationaler Frauentag: Heute für morgen Zeichen setzen +++

Zahl der Angriffe gegen Beschäftigte nimmt zu –

Gewaltprävention im öffentlichen Dienst verbessern +++

Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung:

Frauen im öffentlichen Dienst nicht ausbremsen +++

Demografiestrategie der Bundesregierung

dbb jugend fordert mehr Informationen über Ausbildungen

im öffentlichen Dienst +++

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DBB NRW: Gute Argumente bislang dem Diktat der

Kostenneutralität geopfert +++

Erbschaftsteuer: DSTG gegen „Gesetz auf den letzten Drücker“ +++

Steigende Einbruchszahlen bundesweit – DPolG stellt Forderungen +++

VBE zieht Positivbilanz zum Bildungsgipfel ISTP in Berlin +++

2. Bundesweiter Gymnasialtag 2016: Gegen

Niveauabsenkung beim Abitur +++

DPolG sieht „Streifenpolizisten täglich in Lebensgefahr“ +++

## Namen und Nachrichten+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

## **20.000 Kolleginnen und Kollegen mehr: dbb Mitgliederwerbung bringt starken Zuwachs**

**(dbb) Die Mitgliederwerbung unter dem Dach des dbb läuft ausgezeichnet. In den vergangenen zwölf Monaten sind fast 20.000 Kolleginnen und Kollegen in die für sie zuständige Fachgewerkschaft eingetreten. „Die Kombination aus unseren Fachgewerkschaften mit ihrer großen Nähe zum Mitglied und dem dbb als starkem Dach überzeugt immer mehr Menschen“, kommentierte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt die Zahlen am 10. März 2016. „Das ist für uns sowohl eine Bestätigung für die geleistete Arbeit als auch ein Ansporn für die Bewältigung der kommenden Aufgaben.“**

Die – in absoluten Zahlen – stärksten Zuwächse verzeichneten die komba gewerkschaft, die Deutsche Steuer-Gewerkschaft, die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, der Verband Bildung und Erziehung sowie die Deutsche Polizeigewerkschaft. Der dbb unterstützt

die Werbung neuer Mitglieder durch die Fachgewerkschaften zentral mit einer Werbeaktion, die unter anderem eine attraktive Verlosung umfasst.  
(01/09/16)

## **Internationaler Frauentag: Heute für morgen Zeichen setzen**

**(dbb) Der 8. März ist Internationaler Frauentag. 1977 haben die Vereinten Nationen die offizielle Schirmherrschaft für den Tag übernommen. In der Gewerkschaftsbewegung ist er schon deutlich länger verankert, wird schon seit über hundert Jahren gefeiert, um auf das Anliegen der Geschlechtergleichstellung weltweit hinzuweisen. „2016 muss in Europa ein besseres Jahr für die Gleichstellung der Geschlechter werden. 2015 war bestenfalls ein Jahr der Stagnation“, erklärte Kirsten Lühmann am 8. März in Berlin. Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Vorsitzende der CESI-Frauenrechtskommission FEMM forderte die EU-Mitgliedstaaten auf, ihre Anstrengungen zu verstärken und so reale Fortschritte zu erreichen. Das Motto des Internationalen Frauentags in Deutschland ist dieses Jahr „Heute für morgen Zeichen setzen!“**

Das vergangene Jahr sei auf europäischer Ebene enttäuschend gewesen, so Lühmann. Nicht nur habe die Europäische Kommission die Mutterschutzreform zurückgezogen, auch sei eine Quotenregelung für Aufsichtsräte durch einige Mitgliedstaaten wie zum Beispiel Deutschland verhindert und die Europäische Gleichstellungsstrategie zu einem Arbeitspapier herabgestuft worden. Diese Rückschläge müssten nun aber in positive Impulse umgewandelt werden: „Der Druck auf die nationale und europäische Politik darf nicht nachlassen. Die CESI und ihre Mitgliedsgewerkschaften werden zusammen mit ihren Partnern weiter für eine echte Gleichstellungspolitik in Europa kämpfen.“

Nicht zuletzt mit Blick auf die neue Initiative der Europäischen Kommission zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf werde sich die CESI weiter für ihre Ideen einsetzen, um die Situation von Frauen überall in Europa zu verbessern, kündigte Lühmann an. „Nach wie vor tragen Frauen die Hauptlast der Familienarbeit. Meist sind sie es, die die Kinder betreuen und ältere Familienmitglieder pflegen. Eine tatsächliche Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt kann es aufgrund dieser einseitigen Doppelbelastung kaum geben.“ Die Politik könne zwar nicht im Alleingang den dringend notwendigen Mentalitätswandel herbeiführen, aber durchaus wichtige Impulse dafür setzen.  
(02/09/16)

## **Zahl der Angriffe gegen Beschäftigte nimmt zu – Gewaltprävention im öffentlichen Dienst verbessern**

**(dbb) Eine deutliche Verbesserung der Gewaltprävention im öffentlichen Dienst haben der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach und die Vorsitzende der dbb**

**bundesfrauenvertretung Helene Wildfeuer gefordert. „Die zunehmende Gewalt gegen zahlreiche Berufsgruppen im öffentlichen Dienst muss konsequent und systematisch bekämpft werden“, sagte Silberbach bei der Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung am 4. März 2016 in Königswinter. Der dbb Vize regte dazu eine wissenschaftlich fundierte Zusammenarbeit von Beschäftigten, Präventionspraktikern, Dienstherrn und Arbeitgebern an, die sich mit Gründen und Auswirkungen von Gewaltaktionen gegen das Staatspersonal auseinandersetzt und Methoden festlegt, die zu möglichst gewaltfreien Arbeitsbereichen führen.**

„Die Morde an einer Jobcenter-Kollegin in Neuss und einem Finanzbeamten in Rendsburg, die Geiselnahme in einer Kölner Kita oder das abgeissene Ohr eines Ortspolizisten in Stuttgart sind dramatische Höhepunkte einer Dauerkrise“, betonte Silberbach. „Gewalterfahrungen gehören zum traurigen ‚Tagsgeschäft‘ des öffentlichen Dienstes.“ Betroffen seien Beschäftigte quer durch alle Bereiche – „nicht nur bei Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften, auch in Jobcentern, Arbeitsagenturen, Wohnungs-, Sozial- und Ordnungsämtern, bei Vollzugsdiensten, im Nah- und Fernverkehr nimmt die Zahl der Angriffe gegen die Kolleginnen und Kollegen stetig zu. Auch die zunehmend hemmungslose anonyme Unterstützerszene, die solche Attacken in den sozialen Netzwerken des Internets mit verbalem Applaus feiert, zeigt das Ausmaß der Gewaltbereitschaft“, warnte der dbb Vize. Neben technischen Sicherheitsmaßnahmen müsse daher auch „an der Wertschätzung gearbeitet werden: Der öffentliche Dienst und die Menschen, die ihn verkörpern, verdienen Respekt und eine anständige Behandlung. Wenn sich der Staat selbst nicht hinter seine Mitarbeiter stellt, Politiker im öffentlichen Personal nur einen Kostenfaktor oder bestenfalls eine haushaltsrelevante Verschiebemasse sehen, braucht sich niemand zu wundern, dass einige meinen, die Beschäftigten seien Freiwild“, kritisierte Silberbach.

Mehr Sicherheit am Arbeitsplatz insbesondere für Frauen im öffentlichen Dienst war ein

Schwerpunktthema der Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung. „Die Erfahrungen der letzten Zeit zeigen, dass vor allem weibliche Beschäftigte besser vor aggressivem Verhalten geschützt werden müssen. Sei es bei der Polizei, in den Arbeitsagenturen oder Flüchtlingsaufnahmestellen - um einen gewaltfreien, sicheren Raum für Frauen zu schaffen, brauchen wir eine starke Vertrauenskultur. Gemeldete Vorfälle müssen von Kolleginnen, Kollegen und Vorgesetzten sehr ernst genommen werden, auch verbale und sexistische Übergriffe“, forderte die dbb frauen-Vorsitzende Helene Wildfeuer. Eine bundesweite Strategie gegen Gewalt im öffentlichen Dienst, wie sie der dbb, dessen Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften fordern, sei daher nur zu begrüßen.

Die Hauptversammlung der Bundesfrauenvertretung befasste sich auf ihrer Frühjahrstagung auch mit der Ausgestaltung einer diskriminierungsfreien Beurteilungspraxis im öffentlichen Dienst. 'Telearbeit und Teilzeit erschweren auch im öffentlichen Dienst noch immer das Fortkommen. Wer weniger Zeit im Büro verbringt, leistet entsprechend weniger. Dieser Mythos hält sich hartnäckig und wird den Betroffenen mit schlechten dienstlichen Beurteilungen quittiert. Wir müssen endlich zu leistungsgerechten Beurteilungen kommen, die frei sind von geschlechterdiskriminierenden Beurteilungskriterien', machte die Vorsitzende deutlich.

(03/09/16)

## **Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung: Frauen im öffentlichen Dienst nicht ausbremsen**

**(dbb) Auch im öffentlichen Dienst werden Frauen seltener befördert als Männer.**

„Wir müssen endlich die letzten verbliebenen Steine aus dem Weg räumen, die Frauenkarrieren im öffentlichen Dienst und in den öffentlichen Unternehmen ausbremsen. Die Ursachen für verschleppte Beförderungen müssen klar identifiziert werden und zwar für beamtete Beschäftigte ebenso wie für Angestellte“. Das sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung im Gespräch mit Professor Dr. Eva Kocher, Vorsit-

## **zende der Sachverständigenkommission für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, am 4. März 2016 in Königswinter.**

Dringenden Handlungsbedarf stellte Wildfeuer bei den Beförderungen im Beamtenbereich fest. „Beamtinnen werden nicht nur seltener sondern auch viel langsamer befördert als ihre männlichen Kollegen. Entscheidend sind hier die dienstlichen Beurteilungen. Frauen schneiden dabei in der Regel schlechter ab“, konstatierte Wildfeuer. Negativ wirkten sich vor allem Eltern- und Pflegezeiten, Teilzeittätigkeit und Telearbeit auf die Leistungsbewertung aus. „Von der Bundesregierung werden diese Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie stark beworben und von Müttern dankbar angenommen. Dass ihnen daraus ein Nachteil fürs berufliche Fortkommen entsteht, kann nicht im Sinne des Gesetzgebers sein“, so Wildfeuer.

Vor allem in veralteten Beurteilungskriterien und in der Voreingenommenheit der Beurteilenden sieht Helene Wildfeuer das Problem begründet. „Dienstliche Beurteilungen folgen häufig noch immer dem Leitsatz: Wer viel Zeit am Arbeitsplatz verbringt, leistet viel. Wer nicht am Arbeitsplatz präsent ist, weil er oder sie in Teilzeit arbeitet oder zwei von fünf Tagen von zu Hause aus tätig ist, hat dann das Nachsehen. In dieser Sache erwarten wir einen dezidierten Hinweis im Gutachten zum Zweiten Bundesgleichstellungsbericht der Bundesregierung und entsprechende Handlungsempfehlungen.“  
(04/09/16)

## **Demografiestrategie der Bundesregierung dbb jugend fordert mehr Informationen über Ausbildungen im öffentlichen Dienst**

**(dbb) Am 2. und 3. März 2016 hat die Arbeitsgruppe (AG) „Jugend gestaltet Zukunft“ im Kloster Banz im fränkischen Landkreis Lichtenfels getagt. Die AG ist Teil der Demografiestrategie der Bundesregierung, die dbb jugend wird dort durch ihre Vorsitzende Sandra Kothe vertreten. Thema ist der demografische Wandel, insbesondere geht es um die die Sicht und die Bedürfnisse junger Menschen.**

„Für uns ist es sehr wichtig, dass es auch in Zukunft im ländlichen Raum einen verlässlichen öffentlichen Dienst gibt. Das kann auch dadurch gelingen, dass Schülerinnen und Schüler über die Möglichkeiten von Berufsausbildungen im öffentlichen Dienst informiert werden, und sie dann in der Nähe ihrer Heimatorte eine Ausbildung im öffentlichen Dienst

beginnen. Der öffentliche Dienst als Sicherer der Daseinsvorsorge und Arbeitgeber ist eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt eines attraktiven ländlichen Raumes, auch für die Jugend“, so Sandra Kothe. Lichtenfels in Franken war der dritte Landkreis, den die AG „Jugend gestaltet Zukunft“ besucht hat.  
(05/09/16)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **DBB NRW: Gute Argumente bislang dem Diktat der Kostenneutralität geopfert**

**(dbb) Der DBB NRW hat in der Öffentlichen Anhörung zum Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land (DRModG NRW) am 7. März 2016 scharfe Kritik an dem Prozedere geübt, weil auf die sonst üblichen Statements der Sachverständigen verzichtet wurde. Roland Stauder, Vorsitzender des DBB NRW: „Eine solche Vorgehensweise impliziert eine geringe Wertschätzung der Sachverständigen, aber vor allem – und das ist noch viel entscheidender – eine Geringschätzung der Beamtinnen und Beamten im öffentlichen Dienst.“**

Stauder kritisierte die Ausgestaltung des sogenannten „dialogorientierten“ Verfahrens. Be-

reits vor der Sommerpause 2015 hatten der DBB NRW und alle in Frage kommenden Ver-

bände umfangreich zum Gesetzentwurf zur Dienstrechtsreform Stellung bezogen. „Anlässlich der formalen Beteiligung mussten wir jedoch feststellen, dass keine Anregung aus unserer Stellungnahme oder denen der anderen Verbände berücksichtigt worden war. Unsere guten Argumente sind schlicht dem Diktat der Kostenneutralität zum Opfer gefallen“, so der DBB NRW Vorsitzende.

Gleichwohl habe der DBB NRW erneut umfangreich zum Entwurf des DRModG NRW Stellung genommen und unter anderem die Rücknahme der Kürzung der Sonderzahlung gefordert. Außerdem müsse die Jubiläumsszuwendung wieder eingeführt werden.  
(06/09/16)

## Erbschaftsteuer: DSTG gegen „Gesetz auf den letzten Drücker“

**(dbb) Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) mahnt Bund und Länder zu einer raschen und verfassungsfesten Entscheidung bei der vom Bundesverfassungsgericht verlangten Erbschaftsteuerreform. Der „Stuttgarter Zeitung“ (Ausgabe vom 4. März 2016) sagte der DSTG-Bundesvorsitzende und dbb Vize Thomas Eigenthaler: „Je später das wird, umso schwieriger ist das für alle Beteiligten.“ Im Hinblick auf die vom Bundesverfassungsgericht gesetzte Frist bis 30. Juni 2016 müsse jetzt endlich entschieden werden.**

Für die Finanzverwaltung stelle es eine große Belastung dar, wenn Steuergesetze immer wieder auf den letzten Drücker verabschiedet würden. Man benötige in der Finanzamtspraxis schließlich auch Zeit, um sich auf das neue Recht vorzubereiten, so Eigenthaler. Hinzu komme, dass zahlreiche der geplanten Neuregelungen die ohnehin schon schwierige Materie noch verkomplizierten und eine jahrelange Überwachung der Erbschaftsteuerfälle notwendig machten. Auch müsse zuvor die EDV-Software umprogrammiert werden, was ebenfalls einen zeitlichen Vorlauf bedinge.

Eigenthaler kritisierte, dass im Gesetzgebungsverfahren immer wieder neue Vorschläge drauf gesattelt würden, um Wünsche der Unternehmen nach steuerlichen

Befreiungen zu erfüllen. Die politischen Akteure müssten erkennen, dass es sich bei der Erbschaftsteuer nicht um eine Veranstaltung mit „Wünsch-Dir-was-Charakter“ handele, so der DSTG-Chef. Es gehe darum, die Vorgaben des Verfassungsgerichts für eine verfassungskonforme Lösung zu erfüllen.

Eigenthaler wandte sich auch dagegen, zu lange Überwachungsfristen im Erbschaftsteuergesetz zu verankern. Es sei zwar völlig nachvollziehbar, wenn man den Missbrauch von Verschonungsregelungen bekämpfen wolle. Aber jahrzehntelange Überwachungsfristen seien kaum praktikabel und führten dazu, dass ein Steuerfall über lange Zeit nicht abgeschlossen werden könne.  
(07/09/16)

## Steigende Einbruchszahlen bundesweit – DPoIG stellt Forderungen

**(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) fordert angesichts einer bundesweit steigenden Zahl von Wohnungseinbrüchen neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität. Der Vorschlag der CDU Hamburg, die Gesetze bei Einbruchskriminalität so zu verschärfen, dass sie zumindest auf einen Teil der Täter abschreckend wirken, wird von der DPoIG unterstützt.**

Der oft bei Gerichtsverfahren gegen Einbrecher angewandte minderschwere Fall solle abgeschafft und dafür der Wohnungseinbruchdiebstahl in den Katalog der schweren Straftaten aufgenommen werden. DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt erklärte am 10. März 2016: „Es muss endlich gehandelt werden, sonst bekommen die Bürgerinnen und

Bürger den Eindruck, Deutschland fällt unter die Räuber.“

Die bisher bekannt gewordenen Zahlen einiger Bundesländer zur Einbruchskriminalität 2015 zeigen eine steigende beziehungsweise anhaltend hohe Tendenz. So ist in Hamburg die Zahl der Wohnungseinbrüche um 20 Prozent ge-

stiegen auf über 9.000 Fälle, in Nordrhein-Westfalen von 45.000 auf 62.000 Fälle (plus 18 Prozent). In Berlin stieg die Zahl der Einbrüche in Häuser und Villen um 23 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, in Schleswig-Holstein um 12,3 Prozent.

Wendt: „Die vielerorts zweistelligen Zuwachsraten bei Einbrüchen korrespondieren leider immer noch mit einer niedrigen Aufklärungsquote. Das hängt nicht zuletzt mit der permanent steigenden Aufgabenbelastung der Polizei zusammen. Die Fälle, die aufgeklärt werden, lassen immer häufiger den Schluss zu, dass es sich bei Haus- und Wohnungseinbrüchen um

bandenmäßig organisierte Kriminalität handelt. Reisende, nicht ortsansässige Täter erschweren nicht selten die Ermittlungserfolge. Deshalb brauchen wir dringend eine höhere Aufklärungsquote, denn nur wenn das Entdeckungsrisiko hoch ist, erhöht man den Druck auf die Täter. Dazu gehört auch, neue Ermittlungsinstrumente wie das Predictive Policing einzusetzen, um durch Datenerfassung und –auswertung Strukturen und Verhalten von Kriminellen zu erkennen und vorherzusagen. Angesichts knapper Personalausstattung der Polizei sind wir darauf angewiesen, die Kräfte so gezielt wie möglich einzusetzen.“  
(08/09/16)

## VBE zieht Positivbilanz zum Bildungsgipfel ISTP in Berlin

**(dbb) Aufschlussreiche Vorträge, spannende Beiträge und angeregte Diskussionen – diese Bilanz zog der Verband Bildung und Erziehung (VBE) am 4. März 2016 zum Abschluss des 6. International Summit on the Teaching Profession (ISTP) in Berlin.**

Die rund 400 Teilnehmer aus Politik, Verwaltung, Gewerkschaften, Verbänden, Wissenschaft und Praxis nahmen viele wertvolle Impulse für ihre tägliche Arbeit mit nach Hause und zeigten sich am Ende des Kongresses begeistert. Insgesamt waren Vertreter aus 23 Staaten in Berlin zu Gast. Unter dem Motto „Professionalisierung von Lehrkräften: Voraussetzungen für gute Unterrichtsqualität und beste Lernergebnisse“ tauschten sich die Beteiligten zwei Tage lang über aktuelle Entwicklungen in der Bildungspolitik aus.

„Der Summit in Berlin hat unmissverständlich klargestellt: Auf die Lehrerinnen und Lehrer kommt es an“, sagte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann. „Es ist dem VBE sehr wichtig,

dass dieser internationale Dialog zwischen Bildungsgewerkschaften und Regierungen darin übereinstimmt, dass der Lehrerberuf gestärkt werden muss. Die Persönlichkeit einer Lehrkraft kann niemals durch eine App ersetzt werden. Bildungsreformen müssen von der Politik auf die professionelle Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer ausgerichtet werden.“ Für den Umgang mit stark heterogenen Lerngruppen, schulischer Inklusion, Beschulung von Flüchtlingskindern müssen in der Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung dringend weitere Angebote entwickelt werden, die auf der engen Verknüpfung von Schulpraxis und Erziehungswissenschaften fußen.  
(09/09/16)

## 2. Bundesweiter Gymnasialtag 2016: Gegen Niveauabsenkung beim Abitur

**(dbb) Vom 2. Bundesweiten Gymnasialtag 2016 am 7. März in Stuttgart aus haben sich die Teilnehmer „gegen alle Angriffe auf das Gymnasium, gegen Einheitslehrer und Einheitsbildungsplan, gegen Absenkung des Niveaus am Gymnasium und beim Abitur“ gewandt. Sie sprachen sich zugleich für eine Rücknahme der Streichung von Anrechnungsstunden, für eine Absenkung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung gymnasialer Lehrkräfte, für die Bereitstellung ausreichender Ressourcen zur Umsetzung von Bildungsreformen“ aus.**

In seiner Begrüßung der rund 400 Tagungsteilnehmer verwies Heinz-Peter Meidinger, Vorsitzender des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), auf die über 200-jährige Erfolgsgeschichte des Gymnasiums. Es habe sich als anpassungsfähig, weltoffen und zukunftsfähig erwiesen. Meidinger

kritisierte Bemühungen um einen einheitlichen Bildungsplan und eine Einheitslehrerbildung; diese würden zu einer Niveauabsenkung am Gymnasium führen. Er rief die Tagungsteilnehmer dazu auf, in den rund 30 Workshops auf dem Gymnasialtag über das moderne Gymnasium zu diskutieren, das entsprechend



dem Motto „innovativ – individuell – interdisziplinär“ ein vielfältiges, auch fachübergreifendes Angebot für selbstständig denkende junge Menschen bereithalte. Kritisch merkte Meidinger an, dass trotz frühzeitiger Einladung kein Vertreter der baden-württembergischen Landesregierung an dem Gymnasialtag teilnahm. Darüber hinaus übte er heftige Kritik an Versu-

chen der Landesregierungen in verschiedenen Bundesländern, das Gymnasium inhaltlich zu „entkernen“ und „auszuhöhlen“, insbesondere durch Abschaffung der eigenständigen gymnasialen Lehrerbildung und eine falsch verstandene, stoff- und inhaltsleere Kompetenzorientierung.  
(10/09/16)

## DPolG sieht „Streifenpolizisten täglich in Lebensgefahr“

**(dbb) Nach dem Mordanschlag auf einen Bundespolizisten in Hannover durch eine Anhängerin des Islamischen Staates (IS) hat der Bundesvorsitzende der DPolG Bundespolizeigewerkschaft Ernst G. Walter davor gewarnt, die terroristische Bedrohungslage in Deutschland zu unterschätzen. Seine Kolleginnen und Kollegen seien bei terroristischen Angriffen nahezu chancenlos, so Walter am 6. März 2016.**

„Unsere Kolleginnen und Kollegen in Bund und Ländern befinden sich mit ihrer aktuellen Schutzausstattung und Bewaffnung derzeit tatsächlich in größter Lebensgefahr“, zeigte sich Walter überzeugt. Das hohe Risiko, dass auch Polizisten in Deutschland Opfer von Terrorattacken werden, erfordere nicht nur die Aufstellung zusätzlicher neuer Anti-Terror-Einheiten. Auch Schutzausstattung und Bewaffnung der Polizistinnen und Polizisten im täglichen Kontroll- und Streifendienst müssten an die brisante Gefährdungslage angepasst werden.

Spätestens seit den Anschlägen Paris sei bekannt, wie rücksichtslos IS-Terroristen auch in Europa vorgehen, dass sie mit Kalaschnikows bewaffnet sind und modernste Schutzwesten mit zusätzlichen Magazintaschen tragen, die sie bestens vor Schüssen aus herkömmlichen

Polizeiwaffen schützen. Außer einer neuen Dienstpistole mit 15 statt früher 8 Patronen im Magazin und persönlich zugewiesenen leichten Schutzwesten habe sich für seine Kollegen im Kontroll- und Streifendienst in den zurückliegenden Jahren aber nicht wirklich viel verbessert, so der Gewerkschaftsvorsitzende. Walter: „Unsere aktuellen Schutzwesten halten dem Beschuss von Kalaschnikows nicht Stand. Schusssichere Helme gibt es in der Bundespolizei bislang nur für Spezialkräfte.“ Die im Kontroll- und Streifendienst schon seit über 40 Jahren verwendete Maschinenpistole sei aufgrund ihrer geringen Durchschlagskraft im Vergleich zu den Waffen der Terroristen nahezu wirkungslos. Der Bundesinnenminister müsse die Ausstattung massiv verbessern lassen, „bevor der erste deutsche Polizist von IS-Terroristen ermordet wird“.  
(11/09/16)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Zum Internationalen Frauentag am 8. März hat die dbb bundesfrauenvertretung einen gleichstellungsorientierten Ansatz zur Bewältigung des digitalen Wandels im öffentlichen Dienst gefordert. „Das Internet und die digitalen Kommunikationsmittel machen uns unabhängiger von Arbeitszeit und Arbeitsort. Familienpflichten und Arbeitsaufgaben lassen sich damit besser in Einklang bringen. Für Frauen bieten sich ganz neue Möglichkeiten, erfolgreich im Job zu sein – auch mit familiärer Verpflichtung. Als diese Chance müssen wir die Digitalisierung begreifen und gleichstellungs-

orientiert ausgestalten“, sagte **Helene Wildfeuer**, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 7. März 2016. „Eine zeitgemäße und geschlechtersensible Arbeitsschutzpolitik, ein vertrauensvolles Personalmanagement und eine starke Beschäftigtenvertretung sind notwendig, um den öffentlichen Dienst gesund ins digitale Zeitalter zu führen. Hier sind jetzt die öffentlichen Arbeitgeber und die Politik gefragt, mit den Beschäftigten an einem Strang zu ziehen“, so Wildfeuer.

Sachsens Vize-Ministerpräsident Martin Dulig ist mit seinen Vermutungen, bei der Polizei in seinem Bundesland gebe es Sympathien für Pegida, auf scharfe Kritik gestoßen. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) forderte eine Entschuldigung von Dulig. Sein Vorwurf sei „ein Schlag ins Gesicht aller sächsischen Polizistinnen und Polizisten“ und käme von einem „inkompetenten und ahnungslosen Politiker, dem offenbar die Macht zu Kopf gestiegen ist“, sagte DPoIG-Vorsitzender **Rainer Wendt**

dem „Handelsblatt“ (Ausgabe vom 3. März 2016). „Es sind solche pauschalen Attacken gegen Tausende Einsatzkräfte, die jeden Tag rund um die Uhr gegen Kriminalität und Extremismus kämpfen und dabei buchstäblich ihren Kopf hinhalten, die die Motivation zerstören und Politikverachtung fördern.“ Dulig sollte sich daher bei der sächsischen Polizei entschuldigen, forderte Wendt.  
(12/09/16)

### **Termine zum Vormerken:**

#### **24. Europäischer Abend**

„Europas Zukunft - Aufbruch oder Abbruch“

Berlin, 11. April 2016

#### **12. Frauenpolitische Fachtagung**

„Digitalisierte Welt: Frauen 4.0 – rund um die Uhr vernetzt?“

Chancen erkennen, Risiken benennen!“

Berlin, 12. April 2016